



**Hendrik Lehnert**  
**Fraktionsvorsitzender**

Graf-Johann-Str. 15  
26180 Rastede  
0151 40554853  
hendrik.lehnert@gmail.com

### **Rede zum Haushaltsplan 2021 – Ratssitzung am 15.12.2020**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

in Anbetracht des aktuell sehr intensiven Infektionsgeschehens ist es richtig und wichtig, dass die heutige Ratssitzung erneut hier in der Mehrzweckhalle stattfindet. Die Hygienevorgaben hätten vermutlich in keinem anderen Raum annähernd vergleichbar realisiert werden können. Das gibt uns die Möglichkeit, die Haushaltsberatungen heute ihrer Bedeutung entsprechend abschließen zu können und einige Sätze mehr zu sagen als es in einer kleineren Räumlichkeit angemessen gewesen wäre.

Ich möchte mich im Namen der CDU Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde für die in diesem Jahr geleistete Arbeit herzlich bedanken. Die Pandemie hat unsere Kolleginnen und Kollegen in den gemeindlichen Einrichtungen vor große Herausforderungen gestellt, die sie überzeugend gemeistert haben und weiter meistern werden.

Nachdem die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2020 coronabedingt unterbrochen wurden, konnten die Beratungen für das Haushaltsjahr 2021 nun im Sinne unseres Anfang des Jahres vereinbarten Weges durchgezogen werden. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat in der vergangenen Woche deutlich mehr steuernd und gestalterisch bei der Haushaltsplanung eingegriffen.

Der erste Haushaltsentwurf wurde Anfang November über den Finanz- und Wirtschaftsausschuss in die Fachausschüsse gegeben. Fraktionsübergreifend wurde festgestellt, dass dieser Entwurf insgesamt sehr ausgewogen war.

Die Beratungen in den Fachausschüssen waren daher von dem Grundverständnis einer breiten Zustimmung zum Entwurf geprägt. Gleichzeitig sind die Fachausschüsse ihrer Funktion gerecht geworden und haben in den Diskussionen erkennen lassen, wo aus politischer Sicht nachgesteuert werden sollte.

Diese Punkte wurden in Vorbereitung des zweiten Finanz- und Wirtschaftsausschusses Anfang Dezember aufgegriffen und fraktions- und gruppenübergreifend diskutiert. Obwohl der erforderliche Abstimmungsprozess innerhalb der Fraktionen und Gruppen aufgrund der gebotenen Abstandsgebote sehr anspruchsvoll war, haben wir zwischen den Gruppen CDU/Grüne und SPD/UWG einen gemeinsamen Konsens erarbeitet. Das Ergebnis der aus meiner Sicht ausgesprochen offenen und wertschätzenden Beratungen ist vor diesem Hintergrund umso beeindruckender.

Einvernehmlich konnte sehr schnell festgestellt werden, dass Anpassungen des Haushaltes im Wesentlichen nur durch Verschiebungen von Maßnahmen erfolgen sollten. Eine bloße Ausweitung des Investitionsprogramms durch zusätzliche Maßnahmen ohne konkrete Einsparungen zu benennen, war keine Option.

Diesem Leitgedanken folgend konnten vier Bereiche identifiziert werden, die aus Sicht der Gruppen CDU / Grüne sowie SPD und UWG im Haushaltsplan 2021 eine stärkere Priorisierung erfahren sollten. Im Wesentlichen sind dies:

1. Dorferneuerung Nord
2. Erneuerung der Parkstraße
3. Erhöhung des Budgets für die KGS Rastede (Gebäude Wilhelmstraße)
4. Überdachung der Schulbushaltestelle an der Grundschule Kleibrok

Bereits in den Beratungen im Bauausschuss wurden für drei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung Nord für das kommende Haushaltsjahr Verpflichtungsermächtigungen eingeplant. Mithilfe dieser Verpflichtungsermächtigungen können für die drei Projekte Dorfplatz Delfshausen, die Wegeverbindung Meenheitsweg/ Bekhauser Esch sowie den Schulweg Delfshausen bereits im kommenden Jahr Förderanträge gestellt werden.

Wir geben damit das klare Signal in den Norden Rastedes, dass die Dorferneuerung Nord mit dem in diesem Jahr fertiggestellten Dorfplatz in Hahn keinesfalls abgeschlossen wurde. Sobald es die Lage zulässt, sollen die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern im kommenden Jahr wieder aufgenommen, um die Planungen für die drei Projekte zu konkretisieren. Als weitere große Maßnahme im Norden behalten wir dabei die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Hahn-Lehmden fest im Blick.

Die Parkstraße befindet sich seit Jahren in einem schlechten Zustand. Aufgrund der erheblichen Kosten von 420.000 Euro schieben wir die Maßnahme bisher jedoch nur vor uns her. In diesem Jahr schlagen wir nun den Knoten durch und stellen neben den bereits deutlich ausgeweiteten Verschleißdeckenprogramm von 375.000 Euro die notwendigen Mittel für die Parkstraße zusätzlich zur Verfügung. Die ortsbildprägende Strecke entlang unseres Schlossparkes erhält dadurch wieder ein Bild, das der Verkehrsbedeutung der Straße und der Nähe zum Schlosspark gerecht wird.

Zudem soll die zunächst für das Jahr 2023 geplante Überdachung der Buswartestelle bei der Grundschule Kleibrok bereits im kommenden Jahr realisiert werden.

Um diese beiden Investitionsmaßnahmen im kommenden Jahr im Vergleich zum ersten Haushaltsentwurf ohne zusätzliche Kredite realisieren zu können, wollen wir andere Vorhaben schieben. Aus unserer Sicht sollen der Straßenendausbau im Neubaugebiet „Am Dorfplatz“ in Hahn sowie die Errichtung des Kinderspielplatzes im Wohnbaugebiet „Nördlich Feldstraße“ in Wahnbek in das Jahr 2022 geschoben werden. Damit setzen wir die gelebte Praxis fort, dass die abschließenden Arbeiten in Neubaugebieten erst dann umgesetzt werden, wenn der überwiegende Anteil der Bauherren das neue Eigenheim tatsächlich bezogen hat. Damit ist in den beiden Wohnbaugebieten jedoch frühestens im Herbst 2021 zu rechnen, sodass die Umsetzung nach dem Winter 2021/2022 ausreichend ist.

Die für das Jahr 2021 aufgenommenen Planungskosten für einen möglichen Neubau des Gerätehauses des Ortswehr Südbäke werden zudem von 100.000 Euro auf 30.000 Euro reduziert. Damit stellen wir nun klar, dass die erste größere Baumaßnahme im Zusammenhang mit den Feuerwehrhäusern in Loy-Barghorn umgesetzt wird und für die Ortsfeuerwehr Südbäke zunächst wie für die weiteren Ortswehren Grundlagenplanungen durchzuführen sind.

Darüber hinaus können die eingeplanten Ansätze für die Neugestaltung von zwei Lichtsignalanlagen an der Oldenburger Straße entfallen. Die Kosten hierfür werden vom Landkreis Ammerland getragen.

Das Volumen der Investitionsmaßnahmen umfasst nach diesen sowie den weiteren Anpassungen im Vergleich zum ersten Haushaltsentwurf insgesamt noch rund 9,5 Millionen Euro. Das sind insgesamt ca. 1,2 Millionen Euro weniger als der erste Haushaltsentwurf vorgesehen hat. Die geplante Kreditaufnahme von fast 3 Millionen Euro ist in Anbetracht der geplanten Investitionen auch gegenüber zukünftigen Haushaltsjahren vertretbar.

Im laufenden ordentlichen Haushalt werden die Aufwendungen für das Schulbudget der KGS Rastede um 82.000 Euro erhöht. Diese zusätzlichen Mittel sind in Anbetracht der deutlich erhöhten vorläufigen Berechnungsgrundlagen für den Kommunalen Finanzausgleich angemessen. Wir versprechen uns von dieser Erhöhung des Schulbudgets der weiterführenden Schule an der KGS, dass Schüler aus dem gesamten Gemeindegebiet von diesen zusätzlichen Mitteln profitieren.

Unter Berücksichtigung aller Anpassungen planen wir für das Haushaltsjahr 2021 im ordentlichen Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von rund 180.000 Euro. Dieser planerische Fehlbetrag ist aufgrund unserer erheblichen buchhalterischen Überschussrücklagen von vermutlich mittlerweile deutlich mehr als 30 Millionen Euro sowie des außerordentlichen planerischen Jahresgewinns aus den Grundstücksverkäufen von fast 1,2 Millionen mehr als verträglich.

Als Gemeinderat verantworten wir nicht nur den Haushaltsplan für das kommende Jahr, sondern auch die Jahresergebnisse der vorangegangenen Jahre. In den vorherigen Jahren konnten wir aufgrund von deutlichen Mehrerträgen im Bereich der Allgemeinen Deckungsmittel sowie aufgrund von reduzierten Aufwendungen stets deutlich positive Jahresüberschüsse erzielen.

Diese Jahresergebnisse verpflichten uns gerade in der jetzigen Zeit nicht gegen die Krise anzusparen, sondern unverändert verlässlich zu investieren und hierfür im Zweifel tatsächlich auf die in den Vorjahren erwirtschafteten Überschüsse zurückzugreifen.

Bereits im Finanzausschuss haben wir festgestellt, dass die fraktions- und gruppenübergreifende Abstimmung ein großer Gewinn für die Gemeinde und ein deutliches Zeichen für die Stärke und Verlässlichkeit dieses Gemeinderates sind. Trotz der im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahl haben wir uns nicht im parteipolitischen Kleinklein verloren, sondern uns im Sinne der Sache miteinander auseinandergesetzt. Für diese vertrauensvolle Zusammenarbeit möchte ich mich nochmals ausdrücklich bedanken.

Im Finanzausschuss ist jedoch ebenfalls zum Ausdruck gekommen, dass auch in einer sachorientierten Diskussion nicht zu befürchten ist, dass sich die im Gemeinderat vertretenen Parteien bzw. Fraktionen im Einheitsbrei verlieren. Deutlich wird das zum Beispiel in der Diskussion um die baulichen Pläne für die Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn.

Gruppenübergreifend besteht zwar Einvernehmen, dass im Haushaltplan 2021 Finanzmittel von 450.000 Euro für bauliche Maßnahmen eingeplant werden und dass in Loy-Barghorn möglichst kurzfristig mit baulichen Maßnahmen begonnen werden soll.

Unterschiedlicher Meinung sind wir in diesem Bereich jedoch hinsichtlich der Intensität der Überlegungen, die im Vorfeld erforderlich sind. Verwundert mussten wir als Gruppe CDU/Grüne feststellen, dass die Hinweise der Ortsfeuerwehr und des Gemeindebrandmeisters auf die unzureichende Zukunftsperspektive für baulichen Erweiterungsmöglichkeiten ebenso wenig zu diskutieren waren wie die möglichen Entwicklungen in Bezug auf die Grundschule, den Dorfplatz und das Industriegebiet in Loy.

Aus Sicht der CDU ist die Befürchtung noch nicht ausgeräumt, dass durch den Umbau am aktuellen Standort die Entwicklungsmöglichkeit der Grundschule Loy zu einer Ganztagschule beeinträchtigt werden könnte. Außerdem sollten in den Beratungen die Ergebnisse des Lärmgutachtens in Bezug auf den vom Ortsverein Loy-Barghorn beantragten Dorfplatz berücksichtigt werden sowie diskutiert werden, ob in Loy perspektivisch Wohnbauentwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Diese und weitere Entwicklungen im Feuerwehrbezirk könnten eine Erweiterung des Feuerwehrgebäudes zumindest langfristig erforderlich machen. Das kleine Grundstück würde eine Erweiterung am aktuellen Standort jedoch in jedem Fall ausschließen. Hinsichtlich der voraussichtlichen Mehrkosten ist zu klären, ob die zusätzlichen Kosten für einen Neubau des Feuerwehrgebäudes in Loy beispielsweise teilweise durch die behutsame Entwicklung von Wohnbauflächen finanziert werden kann.

In der bloßen Annahme, dass in Loy außer dem geplanten Umbau des Feuerwehrgebäudes in den nächsten Jahrzehnten nichts passieren wird, mag die vereinfachte Schlussfolgerung „Neubau ist teurer – also umbauen“ seine Berechtigung haben. Diese Schlussfolgerung greift aber deutlich zu kurz. Wir sollten nicht rund 1 Million Euro für einen Umbau des Feuerwehrgebäudes in die Hand nehmen ohne mittel- und langfristige Überlegungen für den Ortsteil Loy mit einzubeziehen.

Der Vorwurf, dass mit diesen grundsätzlichen Überlegungen und einer alternativen Neubaubetrachtung in Loy Bedarfe bei anderen Ortsfeuerwehren geweckt werden, sind zudem grotesk. Der Bedarf nach einer fundierten und ganzheitlichen Beratung auch für die Außenbereiche berechtigt. Einen Vorwurf kann man meines Erachtens allenfalls denjenigen machen, die sich diesen Fragen nicht hinreichend stellen oder ohne weitere Diskussion allen über die Feuerwehr hinausgehenden Entwicklungen in Loy den Riegel verschieben.

Der erneuten Diskussion, ob ein Umbau am vorhandenen Standort umsetzbar und sinnvoll ist, werden wir uns voraussichtlich bereits bei der Ortswehr Neusüdende wieder stellen müssen. Eine pauschale Beantwortung auf der Grundlage eines schlichten Vergleichs der Kosten für einen Neubau und für einen Umbau wird der Entscheidung in der Sache jedoch nicht gerecht. Brandschutz und Entwicklung der Außenbereiche sind beides ganz maßgebliche Aufgaben der Gemeinde.

Ich möchte ausdrücklich klarstellen, dass die Diskussion über Umbau oder Neubau aus Sicht der Gruppe CDU/ Grüne ergebnisoffen ist und die Entscheidung hierüber nicht als Selbstzweck verschoben wurde. Ein Umbau bleibt unverändert denkbar. Folgerichtig bleiben der Haushaltsansatz und die Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 unverändert bestehen. Das erhält die Möglichkeit, bereits im Jahr 2021 kostenauslösende Entscheidungen zu treffen und möglicherweise noch mit baulichen Maßnahmen zu beginnen.

Nicht nur vor diesem Hintergrund werden wir dem Beschlussvorschlag und dem zugrunde liegenden Haushaltsplan sehr gerne zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hendrik Lehnert  
Fraktionsvorsitzender

*Es gilt das gesprochene Wort.*